

Im folgenden Kapitel werden mit Sozialer Arbeit und Staatstheorie zwei unterschiedliche (disziplinäre) Perspektiven, die sich in ihren jeweiligen Strängen des Fachdiskurses kaum berühren, aufeinander bezogen. Um diese Herausforderung zu bewältigen, wird zunächst die Debatte in der Sozialen Arbeit unter einem politikwissenschaftlichen Blickwinkel erörtert (Kap. 2.1), um anschließend den gegenwärtigen Stand der staatstheoretischen Diskussion zu skizzieren (Kap. 2.2). In einer Zusammenführung (Kap. 2.3), die an staatstheoretischen Herausforderungen ansetzt, wird über den Kristallisationspunkt der Foucault'schen Schriften für die Integration von staatstheoretischen Arbeiten und gouvernementalitätstheoretischen Perspektiven Sozialer Arbeit argumentiert, was in dieser Arbeit in der Theoretisierung Sozialer Arbeit als staatliche Praxis weiterverfolgt werden soll.

---

## 2.1 Soziale Arbeit und Defizite der politikwissenschaftlichen und staatstheoretischen Reflexion

Politikwissenschaftliche Perspektiven auf Soziale Arbeit sind im einschlägigen deutschsprachigen Fachdiskurs<sup>1</sup> häufig mangelhaft und selten. Wird Soziale Arbeit stärker in politischen Kontexten gefasst, dann sind es oft Veränderungen in sozialpolitischen Feldern und damit verbundene Analysen, die als Kontext sozialarbeiterischer Handlungsfelder herangezogen werden und oft übergreifende Perspektiven vermissen lassen. Zugleich fällt auf, dass in der politikwissenschaftlichen Wohlfahrtsforschung selbst aufgrund einer starken Ausrichtung an Sozialversicherungssystemen und damit verbundenen materiellen Leistungen, die personenbe-

---

<sup>1</sup> Ich beziehe mich hier auf den deutschsprachigen Fachdiskurs, da sich in der Literatur für die Soziale Arbeit aus einer disziplinären und professionstheoretischen Perspektive spezifische Traditionslinien ausgebildet haben. (Siehe z. B. Münchmeier 2011; Maurer und Schroer 2011; Füssenhäuser und Thiersch 2011)

zogenen Leistungen des Sozialstaates, worunter Soziale Arbeit zu fassen wäre, nur eine marginale Rolle einnehmen. Diese Doppelstruktur des Wohlfahrtsstaates – im Sinne der traditionellen Unterscheidung zwischen allgemeinen Versicherungsleistungen und individualisierten, bedarfsorientierten sozialen Diensten (Sachße und Tennstedt 1986a, 1991, S. 411) – spiegelt sich also auch in einer disziplinären Aufteilung wieder: Der Wohlfahrtsstaat und seine Strukturen sind Gegenstand der Politikwissenschaft, während sich im Bereich der diversifizierten, personenbezogenen sozialen Interventionsleistungen in Deutschland vor allem die Sozialpädagogik seit den 1970er Jahren als Leitdisziplin etablieren konnte. Die zeitgleich stattfindende professionsorientierte Akademisierung der Sozialarbeit an deutschen Fachhochschulen entfaltet dagegen eine stärkere Wirkmächtigkeit vor allem im Praxisfeld. Aufgrund der späten Akademisierung der Sozialarbeit an Fachhochschulen in der Schweiz (ab 1995) und in Österreich (ab 2001) – bei einer zugleich weitgehend marginalisierten Rolle der sozialpädagogischen Lehre und Forschung an Universitäten – können sich erst seit wenigen Jahren vereinzelte Ansätze eine stärker wissenschafts- bzw. disziplinorientierten Sozialen Arbeit etablieren. Dabei scheint sich auch in der Schweiz und Österreich die Sozialpädagogik, geprägt durch die Fachdebatten an deutschen Universitäten, als diskursbestimmend für Soziale Arbeit durchzusetzen.<sup>2</sup> (Siehe für die Schweiz z. B. Gredig und Goldberg 2012, S. 408, 416; Gabriel und Grubenmann 2011, S. 1323–1325; für Österreich z. B. Scheipl 2012, S. 429–430, 2011, S. 1346–1347; Hammer et al. 2012, S. 208–212)

Werden gängige Periodisierungen zur deutschsprachigen Sozialen Arbeit herangezogen, wird für Soziale Arbeit in den 1970er Jahren vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Modernisierungsbestrebungen eine Politisierung konstatiert, die mit einer stärker gesellschaftstheoretischen Reflexion, meist auf Grundlage marxistisch inspirierter Kritik, Sozialer Arbeit einhergeht. U. a. werden Individualisierungs-, Pathologisierungs-, Spezialisierungs- oder Bürokratisierungstendenzen problematisiert, Theoriedefizit und Strukturignoranz konstatiert sowie gesellschaftliche Funktionsweisen im Herrschaftsverhältnissen kritisiert. (Siehe z. B. die 1973 erstmals erschienenen Beiträge von Dreisbach 1979; Peters 1979; Otto 1979; Böhnisch und Lösch 1979) Die sich bis dahin abzeichnenden Professionalisierungstendenzen Sozialer Arbeit werden grundlegend in Frage gestellt, was den Druck zur theoretischen Legitimierung des eigenen fachlichen Handelns erhöhte (siehe z. B. Beiträge in Otto und Utermann 1973).

Daran anschließend entwickelte sich der Fachdiskurs in den 1980er Jahren laut Galuske (2007) in Richtung einer stärkeren „Verwissenschaftlichung“ und einer

---

<sup>2</sup> Die Problematisierung Sozialer Arbeit als Phänomen von Pädagogisierungstendenzen gesellschaftlicher Problemlagen begleitet die Debatte um die Professionalisierung Sozialer Arbeit seit den 1970er Jahren (siehe z. B. Sachße 1984).

zunehmenden Methodenzentrierung, wobei psychologische und psychotherapeutische Zugänge, Verfahren und Techniken sich in der Sozialen Arbeit etablierten. Normative und gesellschaftskritische Ansätze verloren dagegen an Bedeutung und fristeten ein Nischendasein, was zu einer weitgehenden Entpolitisierung des Fachdiskurses führte. Auch wenn sich sozialpädagogische Ansätze gegen eine Psychologisierung Sozialer Arbeit zunehmend abgrenzen, wie z. B. die alltags- oder lebensweltorientierte Soziale Arbeit (Thiersch 2006 [1986], 2009 [1992]) oder Soziale Arbeit als Dienstleistungsorientierung (siehe z. B. Olk und Otto 2003; Flösser 1994, 1996; Schaarschuch 1996), und soziologische Zugänge integrieren, bleiben sie in ihrer gesellschaftstheoretischen Verortung oder politikwissenschaftlichen Fundierung weitestgehend unbestimmt. Dies hatte wiederum zur Folge, dass diese Ansätze einer zunehmend neoliberal inspirierten Ökonomisierung Sozialer Arbeit m. E. wenig entgegenzusetzen konnten: Während z. B. der auf die Lebenswelt der Adressat\_innen bezogene Bewältigungsansatz (Böhnisch 1994) leicht in das neue Paradigma eingepasst wurde, entpuppte sich der Dienstleistungsansatz samt Kund\_innenorientierung als diskursives Schlüsselkonzept, die eine Unterordnung fachlicher Fragen unter politische „Sachzwänge“ sowie der Verbetriebswirtschaftlichung Sozialer Arbeit begünstigte (siehe z. B. Oechler 2011). Demgegenüber grenzen sich normative professionstheoretische Ansätze, wie „Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession“ (Staub-Bernasconi 1995, 1998, 2003), zwar deutlich ab, lassen aber ebenfalls eine fundierte politiktheoretische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Transformationen vermissen. Erst die permanente Infragestellung von Sozialer Arbeit im Praxis- und Berufsfeld als uneffizient und unwirksam, gefolgt von teilweise drastischen Veränderungen der eigenen Produktionsbedingungen und begleitet von einer zunehmend gesellschaftspolitischen Reflexion in Sozialwissenschaften und Gesellschaft lassen m. E. eine langsame Repolitisierung Sozialer Arbeit erkennen. Im Fachdiskurs sind diesbezüglich insbesondere die an Michel Foucault angelehnte Reflexion Sozialer Arbeit als Gouvernementalität (Stövesand 2007a; Kessl 2005; Beiträge in Anhorn et al. 2007; Weber und Maurer 2006) zu erwähnen, die für eine stärker gesellschaftskritische Orientierung ins Feld geführt werden können.

Der Fachdiskurs zur Sozialen Arbeit im deutschsprachigen Raum ist m. E. – sowohl rückblickend als auch gegenwärtig – von der Gegenstandsbeschreibung, Problemwahrnehmung als auch den Interventionsweisen von einer ungenügenden politikwissenschaftlichen Kontextualisierung geprägt. Im deutschsprachigen Raum existieren z. B. keine tiefer gehenden Studien, die sich aus einer übergreifenden Perspektive mit dem Politik- oder Staatsverständnis, dem politischen Aktionsrepertoire oder der politischen Vermittlungsarbeit von Sozialarbeiter\_innen auseinandergesetzt hätten.

Tendenziell wird in der Sozialen Arbeit häufig ein enger, auf die Institutionen und Akteur\_innen des Regierungssystems fokussierter, Politikbegriff favorisiert,

was beispielsweise an der Debatte um ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit abgelesen werden kann (siehe z. B. Merten 2001a; kritisch dazu Diebäcker 2006). Das Favorisieren eines engen Politikbegriffes (Müller 2001; Merten 2001b, S. 97) kann m. E. u. a. durch folgende Aspekte erklärt werden: Das Etablieren von Sozialer Arbeit als eigene wissenschaftliche Disziplin und die damit verbundene Relativierung der traditionell hohen normativen bzw. professionsethischen Veränderungsansprüche; die weite Verbreitung systemtheoretischer Ansätze, in denen das Politische oft nur als ein handelndes System unter anderen verstanden wird; das Bemühen des Praxisfeldes um Distanz zu politischen Aufträgen, um eine unabhängige fachliche Position einnehmen zu können; oder das Suchen nach einer neutralen Außenstellung im Spannungsfeld widersprüchlicher politischer Ansprüche an Soziale Arbeit. Andere Autor\_innen dagegen argumentieren für ein politisches Mandat und gegen die Ausblendung des Politischen, indem herrschaftskritisch auf die gesellschaftliche und politische Funktion Sozialer Arbeit hingewiesen wird, normative bzw. professionstheoretische Positionen als immanenter und konstitutiver Bestandteil Sozialer Arbeit gedacht werden oder aufgrund des Gegenstandsbereiches eine politisch aktive Haltung und gesellschaftliche Verantwortung von Sozialarbeiter\_innen eingefordert wird. (Cremer-Schäfer 2001; Kunstreich 2001; Schneider 2001; Sorg 2001) Die Debatte zeigt aber auch, dass um ein politisches Verständnis Sozialer Arbeit gerungen wird und die Auseinandersetzung zur Frage einer eigenen Normativität ein zentrales Charakteristikum darstellt.

Der Staat als Konzept einer gesellschaftstheoretisch bzw. -kritischen Reflexion Sozialer Arbeit ist dem deutschsprachigen Fachdiskurs, abseits gelegentlicher neomarxistischer Bezugnahmen, wie z. B. in der Zeitschrift „Widersprüche“, seit den 1970er Jahren weitestgehend verloren gegangen. In der allgemeinen Verwendung des Begriffes Staat werden meist politische Institutionen und Akteur\_innen bezeichnet. Einerseits wird Soziale Arbeit dabei oft als sozialstaatliche Dienstleistung eines „neutralen“ Staates gedacht, vermutlich teilweise vor dem Hintergrund eines unscharfen liberalpluralistischen oder auch klassisch-institutionalistischen Gesellschafts- bzw. Staatsverständnisses. Andererseits wird der Terminus Staat in Abgrenzungsversuchen benutzt, in denen der Staat eindimensional als Instrument einer liberal-kapitalistischen Herrschaft abgeleitet wird, was in Distanzierungsbemühungen Sozialer Arbeit als weitestgehend unabhängige zivilgesellschaftliche Gegenpraxis mündet. (Siehe kritisch dazu Hammer et al. 2012) In beiden Argumentationslinien wird m. E. ein enger Staatsbegriff erkennbar, der als akteur\_innen- und institutionenzentriert bezeichnet werden kann.

Im Mainstream des Fachdiskurses ist daher die Rede vom Staat in der Sozialen Arbeit funktional auf die Figur des Sozialstaates beschränkt, an einer umfassenden Konzeptionalisierung von Staat mangelt es. Auch in den durchaus kritischen Stellungnahmen zu neoliberalen Transformationen des Wohlfahrtsstaates oder einer stärker arbeitsmarktorientierten Sozialpolitik kristallisiert sich zwar die Diskussion

um die Figur des aktivierenden Sozialstaates heraus, wird aber nur selten vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Transformationen reflektiert. Beispielsweise könnte mit einer regulationstheoretischen Perspektive das Aktivierungsparadigma im Postfordismus positioniert und so umfassender als Übergang von welfare- zu workfare-Regimen kontextualisiert werden. Die Re-Aktualisierung von Staat bzw. Staatlichkeit im Rahmen des politikwissenschaftlichen Fachdiskurses seit Mitte der 1980er unter dem Motto „bringing the state back in“ (Evans et al. 1985; Skocpol 1985) ist an der deutschsprachigen Diskussion um Soziale Arbeit – abseits einiger Ausnahmen (z. B. Hirschfeld 2007; Schaarschuch 1990) – unbemerkt vorgezogen.

---

## 2.2 Skizzen des staatstheoretischen Diskurses

Auch der politikwissenschaftliche Fachdiskurs ist von einer diskontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem Konzept Staat geprägt, wobei dies u. a. auf den traditionell starken Einfluss der angloamerikanischen Diskussion zurückgeführt werden kann. Bereits in den frühen 1970er Jahren wendete sich die Debatte vom Staat ab und fokussierte stärker auf das Konzept des Politischen Systems, womit – aus einer disziplinären Perspektive – sich soziologische, philosophische und rechtswissenschaftliche Einflüsse zunehmend etablierten. (Sauer 2001, S. 63–64) Mit der stärkeren Fokussierung auf Funktionen, Kapazitäten und Leistungsfähigkeiten des politischen Systems entwickelte sich einerseits eine stark auf die internen Strukturen und Prozesse fokussierte Perspektive, womit politische Prozesse außerhalb, z. B. der Einfluss neuer Sozialer Bewegungen, weitestgehend ignoriert wurden. (Hay und Lister 2006, S. 9; Sauer 2001, S. 64–65) Andererseits entwickelte sich eine detaillierende Policyforschung, die spezifische gesellschaftliche Problemfelder untersuchte, womit aber eine gesamtgesellschaftliche Perspektive abhanden kam und die Frage der politischen Reproduktion von Herrschaft im Sinne eines relationalen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft einen Bedeutungsverlust erlitt.<sup>3</sup> (Hay und Lister 2006, S. 9; Sauer 2001, S. 64) Lediglich materialistischen bzw. neomarxistischen Perspektiven gelang es antizyklisch an dem Konzept des Staates festzuhalten, auch wenn sie im Fachdiskurs der späten 1970er und 1980er Jahre lediglich eine Nische abseits des Mainstreams besetzten. (Sauer 2001, S. 64)

---

<sup>3</sup> Die wenigen soziologisch-systemtheoretischen Perspektiven, die den Staat als Gesamtes betrachten, argumentieren beispielsweise vor dem Hintergrund einer strukturellen Entkopplung und funktionalen Spezialisierung gesellschaftlicher Teilbereiche, dass sich die Debatten zu den Staatsaufgaben zunehmend zu einem steuernden und moderierenden Modus transformieren (siehe z. B. Kaufmann 1996) bzw. in normativeren Ansätzen die Staatsaufgaben auch transformieren müssen, da der Staat aufgrund seiner Dysfunktionalität ansonsten seine Legitimation verliere (Wilke 1996, 1997, S. 306–351).

In den 1980er Jahren ist es zunächst der Neoinstitutionalismus, der den Staat als Gegenstand politikwissenschaftlicher Theorie und Analyse wieder in den Vordergrund rückt. Auch wenn unter dem Neoinstitutionalismus ganz unterschiedliche methodologische Zugänge gefasst werden – Vivien Schmidt (2006) unterscheidet beispielsweise rational choice institutionalism, historical institutionalism, sociological institutionalism und discursive institutionalism – betont der Neoinstitutionalismus als Antwort auf den Behaviourismus die Bedeutung von Institutionen und Strukturen zur Erklärung politischen Handelns. Der Staat wird als eine weitreichende Regierungsstruktur gefasst, in denen politische Akteur\_innen miteinander interagieren (Schmidt 2006, S. 101), womit die Beziehungen zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteur\_innen wieder stärker in den Blick geraten und Verschiebungen zwischen Staat und Privat komplexer analysiert werden können.

Seit Mitte der 1980er Jahren sind es vor allem Ansätze feministischer Staatstheorie, die die kritische Theoretisierung von Staat vorantreiben (Hay und Lister 2006, S. 13–14), indem sie die Nichtneutralität des Staates anhand der Kategorie Geschlecht problematisieren. Vor dem Sammelbegriff des „patriarchalen Staates“ und dem Hintergrund des Dualismus zwischen liberal-feministischen Strategien, die eine Integration feministischer Perspektiven innerhalb des Staates favorisierten und sogenannten radikal-feministischen Strategien, die Autonomie außerhalb des Staates einforderten (Kantola 2006, S. 118), gelang es der kritisch-feministischen Staatstheorie diese Dichotomie aufzulösen, womit sie nicht nur eine Kritik des liberalen Staates weiterführt, sondern auch Leerstellen der kritisch-materialistischen Zugänge problematisieren und füllen konnte. Birgit Sauer (2004, S. 113–120) nennt diesbezüglich u. a. folgende Errungenschaften: Das Herausarbeiten, dass der Idee des Gesellschaftsvertrages ein Geschlechtervertrag zugrunde liegt und der Rechtsstaat sowie staatliche Policies als geschlechtsselektive Filter fungieren (Wilde 2001; Pateman 1988), die Problematisierung des Wohlfahrtsstaates als Instrument zur Reproduktion von Geschlechterungleichheiten und -ordnungen (z. B. Beiträge in Kickbusch und Riedmüller 1984) die Entlarvung des Mythos vom Staat als alleiniges Gewaltmonopol über die Doppelstruktur und das Zusammenspiel von staatlicher Gewalt und privat-männlichen Gewaltoligopolen (Sauer 2001; Rumpf 1995), die Konzeptualisierung und analytische Differenzierung des Staates als Männerbund mit der hegemonialen Männlichkeit als Organisationsprinzip des Staatsapparates (Kreiskys 1995a, b). Die feministische Staatstheorie zeichnet sich auch dahingehend aus, dass es ihr aus einer staatskritischen Position gelungen ist, die Analyse von Staat bzw. Staatlichkeit zu forcieren und hier stärker als die neomarxistische Staatstheorie unterschiedliche methodologische Perspektiven zu integrieren (Kantola 2006).

Die neomarxistische Staatstheorie ist ebenso wie die feministische Staatstheorie als „engaged theory“ von einer Veränderungsperspektive gesellschaftlicher Ver-

hältnisse inspiriert und versucht, die dynamischen Beziehungen zwischen Staat, Markt und Gesellschaft in liberalen Demokratien zu fassen. (Hay 2006, S. 59) Der Staat stellt historisch in der marxistischen Tradition einen Schlüsselbegriff dar und brachte dadurch zentrale Bestimmungen einer staatskritischen Perspektive hervor. Dabei sehen neuere staatstheoretische Ansätze den Staat meist nicht mehr als instrumentell, im Sinne eines Unterdrückungsapparats der bürgerlichen Klasse oder einer herrschende Klasse, sondern verstehen ihn bezugnehmend auf Nicos Poulantzas (2002 [1978], S. 159) als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen“. Der Staat selbst ist demnach umkämpft, durch soziale Verhältnisse strukturiert und kann trotz einer relativen Autonomie weder als abgelöst noch als monolithisch verstanden werden (siehe auch Jessop 2009, S. 118–139; Demirović 2007a, S. 226–243). Auch Gramscis (1992 [1928–1935]) Konzept eines integralen Staates stellt in diesen Reaktualisierungen einen wichtigen Bezugspunkt dar, da das Zusammenspiel zwischen staatlichem Zwang (Staat im engeren Sinne) und zivilgesellschaftlicher Überzeugung (Staat im weiteren Sinn) das Verstehen von gesellschaftlicher Hegemonie sowie das hohe Maß an Zustimmung der Subjekte zum kapitalistischen Staat ermöglichte (Demirović 2007b; siehe auch Beiträge in Merken und Rego Diaz 2007). Gramsci gilt bis heute als Anschlussstelle für ideologiekritische und subjektkonstituierende Zugänge materialistischer Staatstheorie, wie sie beispielsweise von Althusser (2010 [1977]) aufgenommen und gegen einen marxistischen Determinismus gewendet wurden. In Abgrenzung zu instrumentellen Ansätzen neomarxistischer Staatstheorie ist es Jessops (1990, 2009) strategisch-relationaler Ansatz, der den Dualismus von Struktur und Handlung über strategische Beziehungsverhältnisse von Klassen zu überwinden versucht und eine Vorgängigkeit der ökonomischen oder staatlichen Struktur ablehnt. (Siehe auch Hay 2006, S. 75)

Die Bedeutung diskurstheoretischer Zugänge spielt auch in kritischen Ansätzen feministischer, teilweise auch neomarxistischer, Staatstheorie eine zunehmend gewichtigere Bedeutung. Hay et al. (2006) weisen den Poststrukturalismus als eigenen Theorieansatz zum Staat aus, gerade weil das Konzept des Staates aus dieser Perspektive problematisiert wird. Das Ablehnen einer allgemeinen Theorie des Staates, die weitgehende Auflösung von Struktur und Handeln im Diskurs oder die Kontingenz und Instabilität der Diskurse (Lister und Marsh 2006, S. 249) stellen essentialistische Verständnisse von Staat grundsätzlich in Frage. Im diskurstheoretischen Zugang von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (Laclau und Mouffe 2006), die Gramscis Begriff der Hegemonie aufnehmen, werden staatszentrierte, institutionenbezogene Zugänge abgelehnt und die Vorstellung von Staatssouveränität destabilisiert. (Finlayson und Martin 2006, S. 162–166) In poststrukturalistischen Bezugnahmen auf Foucaults Machtanalytik wird eine eindimensionale Sichtweise von instrumenteller Macht meist abgelehnt (Lister und Marsh 2006, S. 250–251),

zugleich wird in der Fokussierung auf den Terminus der Gouvernamentalität die Distanz zum Staatskonzept auch begrifflich erkennbar. Die poststrukturalistische Betonung von Pluralität und Komplexität sozialer Praxis als Ausgangspunkt der gesellschaftstheoretischen Betrachtung bedeutet für klassische Staatskonzepte zumindest eine weitgehende Relativierung der Bedeutung von Staat.

Trotz dieser teilweise akzentuierten Gegensätzlichkeit zwischen neomarxistischen und poststrukturalistischen Ansätzen zeigen sich zunehmend Anstrengungen, die Perspektiven stärker zusammen zu führen und weiterzuentwickeln. So werden Anschlüsse zwischen Poulantzas und Foucault diskutiert, in denen Poulantzas eigene Auseinandersetzung mit Foucault wieder aufgenommen und vor dem Hintergrund Foucault'scher Konzepte von Wissen, Macht oder Gouvernamentalität re-reflektiert wird. (Siehe z. B. Ludwig 2011; Adolphs und Karakayali 2010; Ludwig und Sauer 2010; Jessop 2009, 2007c; Demirović 2008a; Lindner 2006; Stütze 2006) Gramscis Hegemoniekonzept und Althussers Ideologiekritik wird anhand der Subjektivierungsbegriffe von Foucault oder Judith Butler reflektiert, um Identitätspolitik und Prozesse der Subjektkonstituierung im Staat fassen zu können (siehe Ludwig 2011; Griesser und Ludwig 2008). Und auch die Frage der Nutzbarmachung der Diskurs- und Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe für die Staatstheorie ist seit den 1990er Jahren ungebrochen, wobei auch nach neuen Anschlussstellen, z. B. postkoloniale Theorie (Nowak 2010), gesucht wird.

Im gegenwärtigen, staatskritischen Diskurs stellen das Foucault'sche Werk und die unterschiedlichen Lesarten desselben einen Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung dar. Diskurs, Wissen, Macht und Subjektivierung bilden dabei zentrale Reflexionspunkte. Insbesondere die deutschsprachige Veröffentlichung von Foucaults Vorlesungen zur Gouvernamentalität (GGI, GGII) im Jahr 2004 führte zu einer intensivierten Auseinandersetzung. Auch wenn diese Entwicklung in Bezug auf den internationalen Diskurs der *gouvernementality-studies* als verspätet bezeichnet werden kann (siehe z. B. Beiträge in Barry et al. 1996), war sie für die staatstheoretische Debatte als auch für Ansätze einer Gouvernamentalität Sozialer Arbeit entscheidend. Der wieder aufgenommen deutschsprachige Fachdiskurs ist bezogen auf das Gouvernamentalitätskonzept – trotz einer Vielzahl von Publikationen – m. E. davon gekennzeichnet, relativ wenige differierende Lesarten anzubieten.<sup>4</sup> Zugleich ist die Rezeption – trotz Foucaults neoliberalismuskritischen Vorlesungen des Jahres 1979 „Geschichte der Gouvernamentalität II“ – von einer großen Unsicherheit gekennzeichnet, inwieweit Foucault für eine kritisch-neomarxistische oder materialistische Interpretation von Gesellschaft geeignet ist.

---

<sup>4</sup> Z. B. vermittelt die frühe Interpretation der Foucault'schen Gouvernamentalität von Lemke (1997) ohne Zweifel tiefgehende und gewinnbringende Einsichten, die besonders wertgeschätzt werden müssen. Aufgrund der starken (sekundäranalytischen) Bezugnahme im Fachdiskurs entfaltet die Interpretation Lemkes zugleich eine dominierende Wirkungsweise.



Die staatstheoretische Auseinandersetzung mit Foucault konzentriert sich meist darauf, einzelne theoretische Konzepte Foucaults zu reflektieren, was m. E. zu Verkürzungen oder Kritik führt, z. B. der Vorwurf einer problematischen Machtanalytik (Demirović 2008a, S. 38–54) oder einer fehlgeschlagenen Ideologiekritik (Rehmann 2008, S. 140–152). Diese überwiegend fragmentarische Auseinandersetzung mit Einzelkonzepten Foucaults führt m. E. dazu, dass sein mit den Gouvernamentalitätsstudien weitergeführtes gesellschaftstheoretisches Gesamtkonzept nicht in seiner Komplexität reflektiert wird. Zudem ist das Bild entstanden, dass Foucault den Staatsbegriff ablehne oder kein eigenes Staatsverständnis formuliere und daher staatstheoretisch nicht umfassend nutzbar gemacht werden könne. Dies hat m. E. auch zur Folge, dass das Konzept der Gouvernamentalität als (Gesamt)Konzept in staatstheoretischen Kontexten meist abgelehnt wird, während es im poststrukturalistisch geführten Fachdiskurs, in Abwesenheit eines kritischen Staatsbegriffes, Alleinstellungsmerkmal besitzt.

Ich dagegen favorisiere in diesem Buch eine Lesart der Gouvernamentalität als staatliche Praxis (Ludwig 2011, S. 127–132; Saar 2007, S. 31–36), die erweitert um Texte Foucaults überwiegend aus den 1970er Jahren als Gesamtkonzeption für eine staatskritische Perspektive nutzbar gemacht werden kann. Ich vertrete die Ansicht, dass der Begriff der Gouvernamentalität von Foucault lediglich aus strategischen Beweggründen eingeführt wurde, um eine Kontingenz im staatstheoretischen Fachdiskurs der 1970er Jahre zu erzielen, wobei er m. E. (ohne dies auszuweisen) die Kritik Poulantzas an seiner mikroanalytischen Machtperspektive aufnimmt (Poulantzas 2002 [1978], S. 176–185). Ich werde in weiterer Folge dieser Arbeit den Gouvernamentalitätsbegriff durch das Konzept der „staatlichen Praxis“ ersetzen, um anhand der Konzepte Wissen, Macht und Strategie – genau entgegengesetzt der Foucault’schen Strategie – die staatstheoretische Bedeutung herauszuarbeiten (siehe auch Lemke 2007a). Zugleich habe ich in der Nutzbarmachung Foucaults eine exegetische Herangehensweise gewählt, um nicht Gefahr zu laufen, gängigen sekundäranalytischen Interpretationspfaden oder Positionierungen bzw. Abgrenzungen der Foucault’schen Gouvernamentalität zu folgen, sondern stattdessen eine eigene Lesart entwickeln zu können.

---

## **2.3 Bestimmungen und Leerstellen von Sozialer Arbeit und Staat**

Bevor ich im Weiteren kurz die Herausforderungen für Analyse von Staat und Sozialer Arbeit als staatlicher Praxis erörtern werde, möchte ich an dieser Stelle eine erste vorläufige Bestimmung meines Staatsverständnisses darlegen, welches in der theoretischen Auseinandersetzung mit Foucault (siehe Kap. 5) weiterentwickelt wird.

Aller Differenz der vorgestellten unterschiedlichen staatskritischen Ansätze zum Trotz bildet sich laut Jessop (2007b, S. 36 f.) ein Verständnis von Staat bzw. Staatlichkeit heraus, das den Staat als sich veränderndes, gesellschaftliches Verhältnis versteht, ihn als erweitert im Sinne komplexer Verwebungen von sozialen Netzwerken bzw. Beziehungen betrachtet und ihn in seiner „paradoxen Position als Teil und Ganzes der Gesellschaft“ denkt. Als vorläufige Annäherung an den Staatsbegriff folge ich weiter den Bestimmungen Jessops (2009, S. 9–11), da sein Ansatz über die Bezugnahmen auf Gramsci, Poulantzas und Foucault im staatskritischen Fachdiskurs eine breite Anschlussfähigkeit besitzt. Der Staat ist nach Jessop ein dynamisches, institutionelles Ensemble und Kristallisationsfeld, das sich aus multiplen, strategischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen herausbildet, transformiert und in seiner Verdichtung selbst eine strategische Selektivität entwickelt.<sup>5</sup> Dieses veränderbare institutionelle Ensemble, welches sich historisch aus den sich wandelnden sozialen Formationen und Verhältnissen beständig neu konstituiert und von ihnen durchzogen ist, ist auch von widersprüchlichen Funktionen, Politiken oder Praktiken gekennzeichnet. In der komplexen Relation zwischen Staat und Gesellschaft wird Hegemonie nicht einfach instrumentell hergestellt, auch wenn staatliche Praxis über vielfältige Mittel verfügt, die zur Erhöhung von Zustimmung und Akzeptanz und damit zur Stabilisierung der Verhältnisse führen, die nicht auf Gewalt, Zwang und Sanktion enggeführt werden können. In der kritisch-staats-theoretischen Auseinandersetzung um die Frage, welche sozialen Verhältnisse (class, race oder gender) als vorrangig bei der Strukturierung gesellschaftlicher Verhältnisse angesehen werden oder um welche Kategorien diese erweitert werden sollen, ähnlich wie es derzeit auch in der Debatte um Intersektionalität diskutiert wird (siehe Sauer 2012; Sauer und Wöhl 2008), soll an dieser Stelle keine Festlegung vorgenommen werden.

Vor dieser Hintergrundfolie kann Soziale Arbeit als eine aus den sozialen Verhältnissen entstandene, sich verändernde, institutionell manifestierende und überwiegend staatlich strukturierte Praxis verstanden werden. Da sich gesellschaftliche Ansprüche je nach Raum und Zeit in neue oder veränderte staatliche Praxen Sozialer Arbeit einschreiben, kann Soziale Arbeit als staatliche Praxis relational verstanden werden und kann nicht deterministisch aus Interessen von Ökonomie oder Staat abgeleitet und daher als von außen bestimmt betrachtet werden. Soziale Arbeit selbst ist nicht nur Effekt oder Instrument von staatlicher Praxis, sondern selbst ein Feld sozialer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung, das durch konflikthafte Macht- und Herrschaftsbeziehungen strukturiert ist, die sich in den Bedingungen, Selbstverständnissen und Praktiken Sozialer Arbeit zum Aus-

---

<sup>5</sup> Zu der Weiterentwicklung seines Ansatzes und beziehnend auf Gramsci, Poulantzas und Foucault siehe Jessop 2009.

Soziale Arbeit als staatliche Praxis im städtischen Raum

Diebäcker, M.

2014, XIV, 295 S. 2 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-03411-5